

Pressemitteilung



Bayerischer
Bauernverband

28. November 2011

Flächenschutz, flexibles Greening und keine Patente

Bayerns Bauern sprechen mit Ilse Aigner über die Herausforderungen der Zukunft

Herrsching (bbv) – Die 200 Delegierten der Landesversammlung des Bayerischen Bauernverbandes hatten für Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eine Überraschung im Gepäck. Mit über 15.000 Unterschriften machte das höchste bayerische Bauerngremium klar, dass der Landfraß endlich ein Ende haben muss. Der Entzug von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen ist zuletzt um 27 Prozent gestiegen, so dass mittlerweile jeden Tag über 20 Hektar verloren gehen. Seit 1970 sind so über 500.000 Hektar aus der Produktion genommen worden und allein für die Energiewende könnten weitere 400.000 Hektar Ausgleichsfläche nötig werden.

„Wenn man sich den sorglosen Umgang mit unseren Nutzflächen ansieht, könnte man meinen, die Fläche sei beliebig vermehrbar“, sagte Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. „Anstatt uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und unsere Bürger mit sicheren Lebensmitteln aus der Region und mehr Bioenergie zugunsten des Klimas zu versorgen, wird die Fläche in Bayern Deutschland immer weiter verknappt. Eine derartige Verschwendung von Ressourcen können wir uns nicht leisten.“ Sonnleitner forderte die Ministerin auf, sich für den Schutz von land- und forstwirtschaftlichen Flächen einzusetzen und so die Zukunftsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe zu sichern. Darüber hinaus solle Aigner den Ausbau von nutzungsorientierten Ausgleichsmaßnahmen vorantreiben.

Vor dem Hintergrund des enormen Flächenverbrauchs kritisierte Sonnleitner auch das von der EU-Kommission geplante Greening. Um die vollen Fördergelder aus Brüssel zu erhalten, sollen die Bauern künftig sieben Prozent ihrer Ackerflächen stilllegen. „Das sind allein in Bayern weitere 100.000 Hektar, auf denen keine Nahrungsmittel, kein Futter und auch keine Energiepflanzen wachsen“, kritisiert Sonnleitner. Dabei wollen sich die Bauern der geplanten Begrünung der Direktzahlungen nicht komplett verwehren. Sie fordern jedoch eine praxisnahe und flexible Ausgestaltung, die den verschiedenen Betriebsformen in Bayern gerecht wird und die bisherigen Leistungen, beispielsweise im Rahmen des KULAP, berücksichtigt. „Es kann doch nicht sein, dass ein Bauer, der schon jetzt mehr für die Umwelt tut als vorgeschrieben und dafür einen Bonus bekommt, künftig mit Kürzungen rechnen muss“, sagte Sonnleitner. Er forderte die Ministerin auf, ihren Einfluss in Brüssel zu nutzen und sich dort für Nachbesserungen einzusetzen. „Beim Greening, beim aktiven Landwirt und bei der Ausgleichszulage ist noch viel im Argen. Da muss Brüssel unbedingt nachbessern.“

Ein weiteres Thema, bei dem Brüssel unbedingt handeln muss, ist die Patentierung von Tieren und Pflanzen. Angesichts einiger Patentierungsverfahren auf Tiere und Pflanzen machte die Landesversammlung Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner klar, dass sie solche Regelungen strikt ablehnt. „Während das Europäische Patentamt die Entscheidung über Biopatente noch vor sich herschiebt, haben wir sie im Bayerischen Bauernverband längst gefällt: Keine Patente auf Tiere und Pflanzen“, sagte Sonnleitner. Der Verband forderte Aigner auf, die Patentierung von Tieren und Pflanzen auf dem Rechtsweg zu verhindern. Sonnleitner appellierte an die Bundesregierung, ihrer Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag nachzukommen und sich in sich in Brüssel für eine Mehrheit zur Änderung der EU-Biopatentrichtlinie einzusetzen. „Nur wenn die Politik das Übel an der Wurzel packt, können wir eine Monopolisierung von Saatgut und Lebensmitteln verhindern“, sagte Sonnleitner.

Hinweis an die Redaktionen:

*Bitte beachten Sie unsere Fotoaktion um 13:45 Uhr zum Thema
„Keine Patente auf Tiere und Pflanzen“!*